

Beschlussbuch Landesparteitag 9. März 2024

cvtx

19. März 2024

Inhaltsverzeichnis

Woh Wohnen / Stadtentwicklung 1

2024/1/Woh/1 Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in Hamburg schaffen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	1

2024/1/Woh/2 Genehmigungsverfahren vereinfachen, mehr Wohnraum schaffen - Anpassung der Geschossflächenzahl (GFZ) an heutige Bedürfnisse	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	2

Umw Umwelt / Energie 3

2024/1/Umw/2 Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	3

Arb Arbeit 6

2024/1/Arb/1 Weniger als Mindestlohn ist nicht genug! - VHS Kursleitende finanziell und rechtlich besserstellen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	6

2024/1/Arb/2 Mehr Arbeitsschutz für Arbeitnehmende im Hamburger Einzelhandel	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	7

2024/1/Arb/3 Reallöhne stärken, Mindestlohn erhöhen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	8

2024/1/Arb/5 Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!	
<i>Annahme</i>	9

2024/1/Arb/6 Überschuldung verhindern – Armutfallen bekämpfen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	10

Soz Soziales 11

2024/1/Soz/1 Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	11

2024/1/Soz/3 Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!	
<i>Erledigt</i>	12

Bil Bildung / Ausbildung	13
2024/1/Bil/1 Lernen als individueller Prozess. Neue Formen der Leistungsbewertung für Hamburger Schulen entwickeln	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	13
2024/1/Bil/2 Kostenloses Mittagessen für Hamburger Schüler*innen im Ganzttag – Gesundheit und soziale Teilhabe darf nicht am Geld scheitern	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	14
2024/1/Bil/4 Faire Verteilung von Tablets an Hamburger Schulen	
<i>Annahme</i>	15
2024/1/Bil/6 Sprach- und Kulturmittlung (SKM) in Hamburger Schulen – Mehr Schein als Sein?	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	16
Ges Gesundheit	17
2024/1/Ges/1 Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete	
<i>Annahme</i>	17
2024/1/Ges/2 Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!	
<i>Erledigt</i>	18
2024/1/Ges/3 Gesundheitsstandort Hamburg - Gesundheit neu denken	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	19
2024/1/Ges/4 Lokale Gesundheitseinrichtungen für die Stadtteile	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	20
2024/1/Ges/5 Zuckersteuer auf Softdrinks und weiteren Lebensmitteln	
<i>Annahme</i>	22
2024/1/Ges/6 Hodenkrebsvorsorge kostenlos!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	23
2024/1/Ges/7 Suizid existiert, Aufklärung jetzt!	
<i>Annahme</i>	24
2024/1/Ges/8 Klinische Geburtshilfe sichern!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	25

Innen Inneres	26
2024/1/Innen/1 Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!	
<i>Erledigt</i>	26
2024/1/Innen/2 Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	27
2024/1/Innen/3 Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak	
<i>Erledigt</i>	28
2024/1/Innen/5 Gewahrsam muss man sich leisten können – sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	29
Recht Recht	30
2024/1/Recht/1 Besoldung der verbeamteten Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	30
Teilh Gleichstellung / Teilhabe	31
2024/1/Teilh/1 Stadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran- Vergabep Praxis ergänzen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	31
Eur Europa	32
2024/1/Eur/2 EU-Entgelttransparenzrichtlinie jetzt umsetzen!	
<i>Annahme</i>	32
Kul Kultur	33
2024/1/Kul/1 Kulturticket für Hamburgs Kinder	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	33

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern	34
2024/I/Wi/Steu/1 „Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.	
<i>Annahme</i>	34
Bez Bezirke	35
2024/I/Bez/1 Leitantrag: Hier für Hamburg – in den Bezirken und der ganzen Stadt	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	35
Org Organisation	41
2024/I/Org/1 Ehrenamtliche Arbeit in der SPD unterstützen und effektiver machen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	41
2024/I/Org/2 Sensibler Umgang mit Sponsoring	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	42
2024/I/Org/3 Die sozialen Medien nicht den Rechten überlassen!	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	43
2024/I/Org/4 Wir müssen reden: Zu aktuellen und wichtigen Themen brauchen wir Informationen	
<i>Annahme in geänderter Fassung</i>	44
Ini Initiativantrag	45
2024/I/Ini/1 Kein Fußbreit dem Antifeminismus!	
<i>Annahme</i>	45
2024/I/Ini/2 SocialCard	
<i>Annahme</i>	46
Sport Sport	47
2024/I/Sport/1 E-SPORTS-STANDORT HAMBURG	
<i>Annahme</i>	47

Wis Wissenschaft **49**

2024/I/Wis/1 Für die Ausfinanzierung des Studierendenwerks
Annahme in geänderter Fassung **49**

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

2024/I/Woh/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in Hamburg schaffen

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zu prüfen, wie für seine Beschäftigten verstärkt günstiger Wohnraum in Hamburg geschaffen werden kann (z.B. Azubi- und Dienstwohnungen).

Überweisen an

Senat

2024/I/Woh/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Genehmigungsverfahren vereinfachen, mehr Wohnraum schaffen - Anpassung der Geschossflächenzahl (GFZ) an heutige Bedürfnisse

Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten: Es soll geprüft werden, ob die Gültigkeit von § 20 der Baunutzungsverordnungen von 1962, 1966 und 1977 für obsolet erklärt werden und der aktuell gültige § 20 Baunutzungsverordnung als rechtskräftige Beurteilungsgrundlage benannt werden kann.

Überweisen an

Bundesparteitag

Umw Umwelt / Energie**2024/I/Umw/2****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert

Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft

1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch folgende Maßnahmen sichergestellt:

Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der Photovoltaik-Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten Erzeugungsziele für die jeweiligen Erzeugungsarten einzuhalten

- Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen wird intensiviert. Dabei wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen und der Entwicklung neuer, möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung nachbarschaftlicher Interessenkonflikte liegen.

- Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Technologien zur Stromspeicherung in Deutschland werden erforscht und Pilotprojekte vorangetrieben. In Kooperation mit internationalen Partnern, die geographisch dafür prädestiniert sind (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) werden Pläne für den Bau von Pumpspeicherkraftwerken geprüft.

- Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von Genehmigungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb des verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt.

1. Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:

- die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung und Absicherung intensiviert wird

- der konsequente Ausbau von Produktionsstätten für grünen Wasserstoff sowie ein entsprechendes Verteilungsnetz – zunächst für die Industrie, mittel und langfristig auch für Privathaushalte – vorangetrieben wird, denn dies ist für die Transformation der Wirtschaft und das Gelingen der Wärmewende essentiell.

1. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des Verbrauchs entsprechend ausgebaut:

- Insbesondere alle in Planung befindlichen Nord-Süd-Trassen werden bis 2030 fertiggestellt.
- Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und Erzeugungsorte verbinden.
- Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch eine kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom aus Photovoltaikdachanlagen überfordert werden.

1. Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert, indem

- der Preisbildungsmechanismus an den Strombörsen dahingehend geändert wird, das nicht mehr der Markträumungspreis (Merit-Order) bestimmt ist, jedoch weiterhin Anreize bestehen, Strom aus erneuerbaren Energien anzubieten und dieses Angebot auszubauen,
- ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und Handwerksbetriebe eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des kurzfristig zu erwartendem Anstieg des Strompreises, abzufedern und setzt zugleich Anreize, den Energieverbrauch zu reduzieren.

1. Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der Energieversorgung stellen wir sicher, in dem

- durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und Entwicklung der Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische Union stattfindet.
- Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein europäisches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und Speicherkapazitäten unterschiedlicher Art überall auf dem europäischen Kontinent europaweit die Stromversorgung gesichert ist.

Finanzierung

1. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen ergriffen

- Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung beigemessen.
- Die Schuldenbremse wird reformiert, um den Weg für die erforderlichen Investitionen freizumachen.
- Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft.
- Wirksame einmalige und dauerhafte Vermögensabgaben mit und ohne Emissionsbezug, um eine gerechte Verteilung der Kosten für die Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zur Nachhaltigkeit zu erreichen.

Soziale und partizipative Gestaltung

1. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber hinaus:

- Das bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich auszahlen. Dafür sind die Einnahmen aus dem staatlichen CO2-Preis vollständig umzulegen.
- Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für Menschen schaffen, die vorher in Sektor gearbeitet haben, der durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft wegfällt.
- Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der Transformation betroffen sind
- Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen, Transformationsentscheidungen in ihren Unternehmen zu beeinflussen.

Hohes Ambitionsniveau aufrechterhalten

Das im 2019 beschlossenen KSG (Klimaschutzgesetz) vorgesehene Modell der verbindlichen Sektorenziele für die Reduzierung von CO2-Emissionen wird wiedereingeführt.

Überweisen an

Bundesparteitag

Arb Arbeit

2024/I/Arb/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Weniger als Mindestlohn ist nicht genug! - VHS Kursleitende finanziell und rechtlich besserstellen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

SPD-Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Stadt Hamburg für die Kursleitenden in „arbeitnehmerähnlichen“ Beschäftigungsverhältnissen den Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungen übernimmt.

Überweisen an

Senat

2024/I/Arb/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Mehr Arbeitsschutz für Arbeitnehmende im Hamburger Einzelhandel

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, ob das Gesetz über den Ladenschluss in § 17 Arbeitszeit nach dem Beispiel des §12 des Thüringer Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) zu Gunsten von Arbeitnehmenden zu überarbeiten ist. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf ein Recht auf mindestens zwei freie Samstage im Monat.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Arb/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Reallöhne stärken, Mindestlohn erhöhen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD- Bundesparteitag

beschließen:

1. Wir halten die zum 1.1.2024 beschlossene Erhöhung des Mindestlohnes nicht für ausreichend und setzen uns für eine angemessene Erhöhung des Mindestlohnes zum 1.1.2025 ein.
2. § 9 Abs. 2 MiLoG (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns) soll dahingehend ergänzt werden, dass für Beschlüsse der Mindestlohnkommission stets der aktuelle Mindestlohn als Bemessungsgrundlage dient.
3. Die Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob eine Indexierung des Mindestlohns auch ohne Einschaltung der Mindestlohnkommission möglich ist.

Überweisen an

Bundesparteitag

2024/I/Arb/5

Beschluss

Annahme

Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Der Etat Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt, sondern entsprechend der Inflationsrate angepasst.

Überweisen an

Bundesparteitag

2024/I/Arb/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten: Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zur Arbeit der Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

Soz Soziales**2024/I/Soz/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und anschließend an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten: Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Anfang Januar vom Bundeskabinett und möglicherweise durch weitere Instanzen beschlossenen schärferen "Totalsanktionen" im Bürgergeld zurückgenommen werden.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2024/I/Soz/3

Beschluss

Erledigt

Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!

Bundeshalt 2024 ist beschlossen. Geplante Kürzungen bei der Migrationsberatung wurden weitgehend zurückgenommen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

Bil Bildung / Ausbildung**2024/I/Bil/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Lernen als individueller Prozess. Neue Formen der Leistungsbeurteilung für Hamburger Schulen entwickeln

Der Landesparteitag möge beschließen: Die Bürgerschaftsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, das laufende und zukünftig ausgeweitete Programm „Alleskönner“ in Bezug auf die Notenvergabe und Leistungsbewertung zu untersuchen und zu evaluieren und daraus Möglichkeiten zur Reformierung und Weiterentwicklung der Notenvergabe und Leistungsbewertung über das Programm „Alleskönner“ hinaus abzuleiten.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Bil/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Kostenloses Mittagessen für Hamburger Schüler*innen im Ganztags – Gesundheit und soziale Teilhabe darf nicht am Geld scheitern

Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen: Im Rahmen der Haushaltsberatung soll im ersten Schritt eine Ausweitung der bestehenden und bewährten Sozialstaffel auf die Jahrgänge 5 und 6 ermöglicht werden.

Überweisen an

Senat

2024/I/Bil/4

Beschluss

Annahme

Faire Verteilung von Tablets an Hamburger Schulen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Neubeschaffung digitaler Endgeräte (bspw. Tablets), anhand des KES-Indexes eine unter sozialen Gesichtspunkten faire Verteilung durchgeführt wird.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Bil/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Sprach- und Kulturmittlung (SKM) in Hamburger Schulen – Mehr Schein als Sein?

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion und an die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats weiterleiten:

1. Die Senatorin für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, eine Überprüfung der Entwicklung der im Jahr 2015 eingeführten aktiven Sprach- und Kulturmittler*innen in Hamburger Schulen sowie deren jeweilige Muttersprache und Einsatzorte durchzuführen.
2. Bei der Feststellung eines Mangels an aktiven Sprach- und Kulturmittler*innen in Hamburger Schulen wird der SPD geführte Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion weitergehend aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Behebung dieses Mangels und zur qualitativen Weiterentwicklung der Sprach- und Kulturmittlung zu ergreifen und umzusetzen. Dazu kann auch die Verbesserung der finanziellen Voraussetzungen zählen.

Überweisen an

Senat

Ges Gesundheit**2024/I/Ges/1****Beschluss**

Annahme

Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete

Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich für die Schaffung weiterer psychosozialer Hilfsangebote für geflüchtete Menschen einzusetzen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Ges/2

Beschluss

Erledigt

Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!

durch 2024/I/Ges/1

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Ges/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Gesundheitsstandort Hamburg - Gesundheit neu denken

Um zentrale zukünftige Herausforderungen des deutschen Gesundheitssystems anzugehen und die Bürger*innen in Hamburg auch weiterhin optimal unterstützen und versorgen zu können und die Attraktivität des Gesundheitsstandorts Hamburg zu sichern, brauchen wir neue, moderne Ansätze und Strukturen, in denen alle Akteure im Gesundheitswesen - für die Bürger*innen erkennbar - untereinander verzahnt sind und eng miteinander zusammenarbeiten. Dabei wird die patientenorientierte sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen als Lösung der sich abzeichnenden Probleme gesehen. Unter sektorenübergreifender Versorgung wird eine umfassende Vernetzung sowie eine vertikale und horizontale Integration über Organisationen und Sektoren hinweg verstanden. Dies bedeutet, dass sowohl die ambulante und stationäre Versorgung als auch die Gesundheitsförderung und Prävention, Rehabilitation, Pflege, Arzneimittelversorgung, soziale und kommunale Angebote sowie die Palliativversorgung miteinander verknüpft werden. Ziel einer solchen Vernetzung ist es, nicht nur die gesundheitliche Versorgung der Patient*innen zu verbessern und zu erhalten, die Arbeitsbedingungen insgesamt weiterzuentwickeln, sondern auch gleichzeitig dem stetig steigenden Kostendruck im Gesundheitswesen durch eine möglichst effiziente Versorgung zu begegnen.

Um die sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen voranzutreiben, fordern wir den Senat auf, eine Arbeitsgruppe/ Expertengruppe u.a. unter Beteiligung der Akteure des Gesundheitswesens, Patientenvertretern, Pflegeverbände, Wissenschaft, Gewerkschaften einzusetzen. Das „Zielbild 2030 Gesundheit neu Denken“ aus Sachsen könnte hier, unter Berücksichtigung der Besonderheiten einer Metropolregion, ein Beispiel sein.

Überweisen an

Senat

2024/I/Ges/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Lokale Gesundheitseinrichtungen für die Stadtteile

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

- 1) die Fortsetzung der fünf bestehenden lokalen Gesundheitszentren (LGZ) sowie des sechsten in Planung befindlichen LGZ nach der aktuellen Förderperiode (bis 2025) – unter entsprechender Berücksichtigung der bis dahin vorliegenden projektbegleitenden Evaluationsergebnisse – finanziell abzusichern, dabei Tarif- und Kostensteigerungen zu berücksichtigen und die Möglichkeit der Förderung von LGZ für Bezirke ohne LGZ zu eröffnen.
- 2) in der neuen Förderperiode die LGZ zu Gesundheitseinrichtungen für Primärversorgung weiterzuentwickeln und insbesondere die Aufgaben der Community Health Nursing, Care Coordination bzw. Casemanagement zu stärken und mit entsprechenden Fördermitteln zu hinterlegen.
- 3) im Hinblick auf die geplante Förderung von niedrigschwelligen Beratungsangeboten von Krankenkassen und Kommunen nach § 65g SGB V (neu) des Referent*innenentwurfs für ein Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) des Bundesgesundheitsministeriums ein Konzept für Hamburg zu entwickeln, das die Möglichkeit eröffnet, die bestehenden LGZ und Gesundheitskioske nach § 65g SGB V (neu) im Sinne einer patientenorientierten Primärversorgung weiterzuentwickeln, neue einzurichten und zu fördern.
- 4) dieses Konzept, wie in § 65g SGB V (neu) bisher vorgesehen, gemeinsam mit den Krankenkassen als Konzept für Hamburg zu verhandeln, die für die Umsetzung erforderlichen finanziellen Mittel zur Schaffung dieser Gesundheitseinrichtungen bereit zu stellen, mit dem Ziel die bestehenden LGZ und Gesundheitskioske darüber zu finanzieren und in Absprache mit den Bezirken weitere Standorte in den Stadtteilen zu etablieren, die nach dem „Sozial Monitoring Integrierte Stadtteilentwicklung“ in Hamburg einen „niedrigen“ und „sehr niedrigen“ Statusindex aufweisen und in denen aktuell weder LGZ noch Gesundheitskioske vorhanden sind.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Ges/5

Beschluss

Annahme

Zuckersteuer auf Softdrinks und weiteren Lebensmitteln

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der SPD und anschließender Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion beschließen: 1. Einführung einer Zuckersteuer auf Softdrinks. Diese soll in Anlehnung an den „Part 2 Finance Act 2017“ des Vereinigten Königreichs als Verbrauchssteuer gestaltet sein. 2. Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit eine Steuer auf weitere Lebensmittelprodukte umgesetzt werden kann, die für ihre Produktart einen unnötig hohen Zuckeranteil aufweisen.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2024/I/Ges/6

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Hodenkrebsvorsorge kostenlos!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Regierungsmitglieder werden gebeten, den Gemeinsamen Bundesausschuss zu beauftragen, die Hodenkrebsvorsorge ab 16 als GKV Leistung zu prüfen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

2024/I/Ges/7

Beschluss

Annahme

Suizid existiert, Aufklärung jetzt!

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und anschließend an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten: Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine bundesweite Informationskampagne zur Aufklärung über Suizid sowie die Entwicklung einer bundesweiten Präventionsstrategie ein, welche sich an den Empfehlungen der WHO (Preventing Suicide: A global imperative) orientiert.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2024/I/Ges/8

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Klinische Geburtshilfe sichern!

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung beschließen:

Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die notwendigen Anpassungen an der Krankenhausstrukturreform vornehmen, um eine umfassende Sicherung und Weiterentwicklung der geburtshilflichen Versorgung zu gewährleisten, indem eine Leistungsgruppe hebammengeleitete Geburtshilfe in den Referentenentwurf aufgenommen wird.

Überweisen an

Bundestagsfraktion und Bundesregierung

Innen Inneres

2024/I/Innen/1

Beschluss

Erledigt

Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

2024/I/Innen/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und den 2. Forderungspunkt an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg soll sich dafür einsetzen, einen sofortigen Abschiebestopp für Jesid*innen in den Irak zu verhängen.
2. Die SPD-Bundestagsfraktion soll sich dafür einzusetzen
3. a) zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*innen in Deutschland automatisch Schutz erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden kann und falls nicht, eine neue Stichtagsregelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz gewährleistet.
4. b) zu prüfen, ob ein genereller bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus möglich ist und wenn ja, ihn zeitnah im Bundestag zu beschließen.

Überweisen an

Bundesparteitag, Senat, Bundestagsfraktion

2024/I/Innen/3

Beschluss

Erledigt

Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak

durch 2024/I/Innen/2

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

2024/I/Innen/5

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Gewahrsam muss man sich leisten können – sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Der zum 1. Januar 2023 eingeführte Gebührentatbestand, der die Erhebung von Kosten für Ingewahrsamnahmen regelt, soll so modifiziert werden, dass keine Kosten für die betroffenen Personen entstehen, wenn ihre Ingewahrsamnahme ohne eigenes Verschulden erfolgte. Dies betrifft insbesondere Fälle, in denen Personen aufgrund psychischer Ausnahmezustände in Gewahrsam genommen werden.

Überweisen an

Senat

Recht Recht**2024/I/Recht/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Besoldung der verbeamteten Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert bis Ende spätestens 2025, ein Konzept zur verbesserten Ausbildung, Fachkräftegewinn und Attraktivitätssteigerung inkl. einer angepassten Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Justizdienstes, die als Geschäftsstellenverwalterinnen bzw. -verwalter bei den Hamburger Gerichten und Staatsanwaltschaften tätig sind, zu entwickeln und umzusetzen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Teilh Gleichstellung / Teilhabe

2024/I/Teilh/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Stadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran- Vergabep Praxis ergänzen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die SPD- Bürgerschaftsfraktion und den Hamburger Senat weiterleiten:

Es soll geprüft werden, ob die Hamburger öffentliche Ausschreibungspraxis derart zu ändern ist, dass bei der Vergabe der Aufträge, Sonder- und Fördermittel als ein weiteres Kriterium geschlechtergerechte Bezahlung im Unternehmen berücksichtigt werden könnte.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Eur Europa**2024/I/Eur/2****Beschluss**

Annahme

EU-Entgelttransparenzrichtlinie jetzt umsetzen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie (RL2023/970) muss zügig in deutsches Gesetz überführt werden.

Überweisen an

Bundesparteitag und Bundestagsfraktion

Kul Kultur**2024/I/Kul/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Kulturticket für Hamburgs Kinder

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert zu prüfen, ob zusätzlich zu den bereits jetzt bestehenden Leistungen und Vergünstigungen für Kinder und Jugendliche im Kulturbereich ein Kulturticket mit einem noch festzulegenden Guthaben eingeführt werden kann, welches jährlich an alle Kinder, die die folgenden Kriterien erfüllen, vergeben wird:

- Das Kind ist minderjährig und
- das Kind hat den Lebensmittelpunkt in Hamburg: es wohnt in der Stadt.
- Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsstatus sollen keine Rolle spielen. Dieses Guthaben soll bei allen städtischen und sonstigen öffentlichen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen der Stadt eingelöst werden können und am Ende eines Jahres verfallen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

2024/I/Wi/Steu/1

Beschluss

Annahme

„Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

1) die Kosten, die durch die Postbank, Deutsche Bank und durch die Kassenautomaten des Arbeitsamtes erhoben werden, bei einer Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld, sollen abgeschafft werden, 2) die Gebühren bei einer Auszahlung des Kindergelds sollen abgeschafft werden.

Überweisen an

Bundesparteitag

Bez Bezirke**2024/I/Bez/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Leitantrag: Hier für Hamburg – in den Bezirken und der ganzen Stadt

Auch wenn die Zeiten weltweit unruhiger geworden sind – Hamburg steht gut da. Unsere Stadt wurde im zurückliegenden Jahrzehnt gut regiert, ist vergleichsweise glimpflich durch die großen Krisen gekommen und steht heute im Vergleich der Bundesländer ganz weit vorne. Dies ist ein Erfolg der SPD Hamburg, die seit 2011 für verlässliche Regierungspolitik, die sachgerechte Lösung von Problemen und eine positive und nachhaltige Entwicklung Hamburgs steht.

Die SPD ruht sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern ist heute für die Stadt da und sorgt dafür, dass sich das Leben in Hamburg gut weiterentwickelt. Dies gilt in allen sieben Bezirken, in allen 104 Stadtteilen. Überall ist die SPD präsent, überall sind wir aktiv, überall packen wir an. Deshalb können wir selbstbewusst sagen: Wir sind hier für Hamburg!

Bei der Bezirkswahl 2024 geht es um wichtige Weichenstellungen für das alltägliche Leben der Hamburgerinnen und Hamburger. Die Wahl ist wichtig, damit in den Bezirken die politischen Kräfte Gestaltungsmöglichkeit erhalten, die damit auch etwas anfangen können. Und sie ist wichtig, damit rechts-extreme Kräfte nicht Einfluss gewinnen und ihre menschenverachtenden Pläne umsetzen können. Dies gilt für Hamburg und genauso für die Europäische Union, denn zeitgleich wird am 9. Juni auch das neue Europaparlament gewählt.

Hier für starke Bezirke

Als Hamburg-Partei liegen uns alle sieben Bezirke gleichermaßen am Herzen. Deswegen war und ist das Wahlversprechen von 2020 „Die ganze Stadt im Blick“ die Richtschnur für unsere Politik. Gerade jetzt kommt es darauf an, dass der Staat vor Ort funktioniert. Hierfür sind die Bezirksverwaltungen als erster Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger besonders gefordert: Sie setzen die gesetzlichen Vorgaben um und achten auf deren Einhaltung, sie unterstützen und ermöglichen. Zielbild unserer Bezirksverwaltungen ist es, gesellschaftliches Engagement zu fördern, lebenswerte Nachbarschaften zu schaffen, eine nachhaltige und chancengerechte Stadt zu gestalten und bürgernahe Dienstleistungen in allen Lebenslagen anzubieten. Unser Anspruch an Verwaltung ist, dass die Menschen, für die sie da ist, verstehen, wie und aus

welchen Gründen Entscheidungen getroffen werden. Eine klare und umfassende Kommunikation ist hierfür die notwendige Voraussetzung.

Wir haben die Bezirke daher auch finanziell erheblich gestärkt. Mit dem Haushalt 2023/2024 wurde die Finanzierung der Bezirkshaushalte neu aufgestellt. Sie gibt den Bezirksämtern Planungssicherheit, indem der Haushaltsansatz um rund zehn Prozent gesteigert und das Personal ausfinanziert wurde. Mit einer umfangreichen Personalgewinnungskampagne sorgen wir dafür, dass die Stellen in den Bezirksämtern und ihren Dienststellen besetzt werden. Auf diesem Weg gehen wir weiter: Seit 2013 haben die Bezirke mit dem Quartiersfonds ein wirksames Finanzierungsinstrument in der Hand, mit dem zahlreiche wichtige und unerlässliche Angebote vor Ort unterstützt werden können. Wir stocken die investiven Mittel in diesem Jahr um 2 Millionen Euro und die laufenden Mittel ab dem Haushalt 2025 jährlich um eine Million Euro auf.

Damit Bezirke als politische Ebene handlungsfähig sind und bleiben, lehnen wir eine weitere Zentralisierung von bezirklichen Aufgaben ab. Wir brauchen dafür die notwendige personelle Ausstattung in den Bezirksämtern, um die dort zu erfüllenden Aufgaben auch schultern zu können. Wir stehen für bürgernahe und moderne Dienstleistungen, die allen Bürgerinnen und Bürgern wohnortnah und kundenorientiert zur Verfügung stehen. Die wertvollste Ressource der Verwaltung vor Ort sind ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der im aktuellen Tarifabschluss für die Länder auch auf unsere Initiative hin vereinbarte Weg hin zu einer Zulage für bürgernahe Dienste in den Bezirken ist deshalb ein besonderes Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen vor Ort. Dieser muss wie vereinbart 2025 in die Tat umgesetzt werden.

Die positive Entwicklung in den Bezirken lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Wir sind dankbar für die vielen Menschen, die sich in lokalen Vereinen und Initiativen um ihren Bezirk verdient machen. Um dafür auch Mittel bereit zu stellen, wurde die Förderrichtlinie zur Stärkung des bezirklichen Ehrenamts in Höhe von einer Million Euro verstetigt. Damit auch kleine Projekte nicht am Geld scheitern, wollen wir in den Bezirken ein Bürger*innenbudget einrichten, aus dem man unkompliziert kleinere Geldbeträge für Projekte in der Nachbarschaft beantragen kann.

Hier für gutes Wohnen im Quartier

Dass man in Hamburg gut wohnen kann, hat viel mit der erfolgreichen Wohnungsbaupolitik der SPD zu tun. Es gibt heute gut 100.000 Wohnungen mehr als 2011 – eine so gute Bilanz hat in Deutschland keine andere Metropole. Trotz der aktuellen Krise der Bauwirtschaft baut Hamburg weiter, vor allem Wohnungen mit günstiger Miete. Wir machen den sozialen Wohnungsbau durch günstige Bauzinsen noch attraktiver. In dem bekannten Drittelmix steigt der Anteil der geförderten Wohnungen auf mindestens 35 Prozent, die Dauer der Sozialbindung haben

wir erhöht. Durch einen neuen dritten Förderweg schaffen wir günstigen Wohnraum für Normalverdiener*innen. Im Ergebnis entstehen auch weiterhin in allen Hamburger Bezirken neue Wohnungen.

Damit das Bauen einfacher wird, verbessern wir den digitalen Bauantrag und suchen nach weiteren Wegen, das Bauen zu beschleunigen und damit kostengünstig zu ermöglichen. Fragt man die Hamburgerinnen und Hamburger, ob sie gern in ihrem Stadtteil leben, wie es der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher bei seinen Stadtteildialogen regelmäßig tut, antworten fast alle mit ja. Das ist ein hohes Gut! Eine der Grundlagen für dieses positive Lebensgefühl ist die Sicherheit, in Hamburg dauerhaft zu bezahlbaren Mieten wohnen zu können. Deswegen hat der SPD-geführte Senat das Bündnis für das Wohnen gegründet und arbeitet dort mit der Wohnungswirtschaft im Interesse der Mieterinnen und Mieter partnerschaftlich zusammen. In Hamburg sichern das städtische Wohnungsunternehmen SAGA mit einem Wohnungsbestand von rund 141.000 Wohnungen, die Genossenschaften und die verantwortungsvollen privaten Vermieterinnen und Vermieter eine sichere und bezahlbare Wohnraumversorgung ab. Mit verlässlichen politischen Rahmenbedingungen und einer attraktiven Wohnraumförderung unterstützt die SPD auf allen Ebenen dieses gute Wohnen.

Wenn es dennoch zu Problemen bei den Wohnkosten kommt, hilft das neue WohngeldPlus ganz direkt. Die SPD-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2023 die größte Wohngeldreform in der deutschen Geschichte in Kraft gesetzt. Hamburg setzt diese Reform erfolgreich um, so dass sich die Zahl der Haushalte, die Wohngeld erhalten, bis zum Jahresanfang 2024 bereits auf über 24.000 mehr als verdoppelt hat.

Aber gutes Wohnen umfasst mehr als nur die eigenen vier Wände. Deswegen kümmern wir uns überall in Hamburg um die städtische Infrastruktur. Das bedeutet nicht immer Neubau, sondern auch die gezielte Sanierung von Jugendhäusern, Kitas, Straßen, Parks und Plätzen, um diese noch besser nutzbar zu machen. Wir wollen, dass die Stadtteilzentren überall in Hamburg lebendig und attraktiv sind und fördern gezielt Maßnahmen, die dazu beitragen. Mit dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung unterstützt die Stadt in 31 Fördergebieten die Verbesserung des unmittelbaren Lebensumfeldes. Der Stadtentwicklungsfonds Lebendige Quartiere der Stadtentwicklungsbehörde ist darüber hinaus ein Instrument der gezielten Förderung von einzelnen Maßnahmen in dicht besiedelten Gebieten, um die Lebensqualität zu erhöhen und die Nachbarschaften zu stärken. Wichtig ist uns dabei, den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil im Blick zu behalten und drohende Verdrängung zu verhindern. Deshalb überprüfen wir regelmäßig, ob die bestehenden Sozialen Erhaltungsverordnungen in den Bezirken angepasst oder zusätzliche Gebiete durch neue Erhaltungsverordnungen geschützt werden müssen. Vor Ort sorgen wir dafür, dass Sportangebote ausgebaut, Plätze saniert und Hallen für Sportvereine sowie Fitnessgeräte zum kostenlosen Sporttreiben für alle in Parks ausgebaut werden. Dabei achten wir darauf, dass alle Bezirke berücksichtigt werden. Sechs lokale Gesundheitszentren in den Bezirken werden bereits gefördert, um die medizinische Infrastruktur dezentral zu stärken. Der siebte Standort in Harburg ist bereits in Planung.

Zugleich ist uns die Stadtteilkultur wichtig. Wir sichern die Arbeit der Stadtteilkulturzentren

und setzen uns für eine faire Eingruppierung der Beschäftigten ein. Und in welcher anderen Stadt kann man sonntags nach dem Tatort in eine öffentliche Bücherhalle gehen und ein Buch entleihen? Weiterbildungsmöglichkeiten gibt es in Hamburg ebenfalls in allen Bezirken: 17 Standorte der Volkshochschule bieten ihre Kurse an, so dass niemand weit zu fahren braucht, um ein Angebot nutzen zu können.

Die Stadt schont den Geldbeutel gerade von Familien. Es gibt in Hamburg kostenlose Kita-Plätze, kostenlose Ganztagsbetreuung und für Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen auch ein kostenfreies Mittagessen an Schulen.

Hier für Bewegungsfreiheit

Wir entlasten Familien weiter, wenn ab dem 1. August 2024 alle Hamburger Schülerinnen und Schüler ein kostenloses Ticket für den ÖPNV erhalten. Dieses Ticket bedeutet aber nicht nur mehr Geld im Portemonnaie von Eltern, sondern zugleich (Bewegungs-)Freiheit für junge Menschen: Sie fahren damit kostenlos, wohin sie wollen: zum Sport, ins Kino, zu Freunden, zu Oma.

Damit das auch in allen Stadtteilen gilt, baut Hamburg neue U- und S-Bahnlinien, verstärkt das Busliniennetz, probiert neue Angebote wie On-Demand-Shuttles aus und setzt so Schritt für Schritt den „Hamburg-Takt“ um: Jede Hamburgerin und jeder Hamburger soll zukünftig überall in der Stadt von morgens bis abends innerhalb von fünf Minuten ein öffentliches Verkehrsangebot nutzen können. Das ist gut für den Klimaschutz und gut für die Bewegungsfreiheit.

Mobilität muss für alle möglich und bezahlbar sein. Wir wollen Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen entschärfen und vermeiden. In Hamburg soll man gut zu Fuß gehen, Radfahren, den ÖPNV nutzen und Auto fahren können. Wir wissen: Das Auto wird auch in Zukunft eine bedeutende Rolle für den Wirtschaftsverkehr spielen. Dort, wo Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen sind, werden sie auch in Zukunft eine funktionierende Infrastruktur vorfinden. Umso wichtiger ist der Umstieg auf E-Autos, für die wir die Ladeinfrastruktur in ganz Hamburg erweitern. Da der Platz in unserer Stadt aber nicht größer wird, profitieren auch Autofahrer*innen von einem starken ÖPNV und gut ausgebauten Radwegen. Gerade in den äußeren Stadtteilen sehen und beheben wir kontinuierlich den Nachholbedarf beim Ausbau des ÖPNV und seiner Taktfrequenzen, von Radverkehrsanlagen, guten Gehwegen und Bänken sowie attraktiven Bike+Ride-Anlagen in den Quartieren.

Hier für schlaue Köpfe

Hamburg hat viele Schulen in der ganzen Stadt saniert und baut in den kommenden 10 bis 15 Jahren 44 neue Schulen in allen sieben Bezirken. Es sind außerdem über 100 Schulsanierungsmaßnahmen in Planung, so dass zu den bislang schon ausgegebenen 4 Milliarden Euro für Schulbau und -sanierung bis Ende der 2030er-Jahre weitere 5,5 Milliarden Euro hinzukommen.

Die SPD steht dafür ein, dass die Schullandschaft nicht in teure Privatschulen und heruntergekommene öffentliche Schulen zerfällt. In Hamburg kann man sich darauf verlassen, dass die Schule im eigenen Stadtteil über gute Gebäude, ausreichend und gut ausgebildete Lehrkräfte und zeitgemäße Technik verfügt. Das merkt man: Hamburgs Schulen haben die Lernqualität erfolgreich verbessert. Das beweisen die guten Platzierungen in Bildungsvergleichstests. Unser Motto: Du kannst Dich darauf verlassen, dass die Schule bei Dir um die Ecke eine gute Schule ist. Hinzu kommt: Gute Bildung ist in Hamburg kostenlos und flächendeckend im Ganztage verfügbar.

Bildung beginnt schon in der Kita und Sprache ist dafür ein wichtiger Schlüssel. Wir haben aus Landesmitteln die erfolgreichen Sprachkitas gerettet, nachdem die Bundesfinanzierung ausgelaufen ist. Deswegen gibt es auch heute noch frühkindliche Sprachförderung in 340 Hamburger Kitas. Hamburger Kitas sind auch deswegen erfolgreich, weil sie eng mit Schulen zusammenarbeiten. Ein Schlüssel für den Bildungserfolg Hamburger Schülerinnen und Schüler ist die frühzeitige Feststellung von Förderbedarfen schon im Kita-Alter. Dieses Angebot sichern wir auch in Zukunft und ebnen damit Kindern mit weniger guten Startchancen den Weg in eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Wir stehen zum Schulfrieden und wollen ihn verlängern. Die Erfolge in der Schulpolitik basieren darauf, dass sich alle Akteure an unseren Schulen auf die Verbesserung von Qualität und den Ausbau von Quantität konzentrieren konnten. Das aktuelle zweigliedrige Schulsystem ermöglicht allen Familien Wahlfreiheit und bietet verschiedene Wege zum gewünschten Schulabschluss. Es gibt keinen Grund, daran etwas zu ändern, denn jede Schulreform bedeutet jahrelange Umsetzungsanstrengungen mit viel Unruhe für Lehrer*innen und Schüler*innen.

Hier für gute Arbeit und eine starke Wirtschaft

Hamburg geht es wirtschaftlich gut. Im Vergleich mit den meisten anderen Bundesländern gibt es hier ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und höhere Einkommen. Deshalb können wir uns Kultur, Sportangebote, den ÖPNV-Ausbau und gute Löhne leisten. Hier in Hamburg findet jeder und jede eine gute Arbeit, vom Startup bis zum Industriebetrieb. Noch nie haben so viele Hamburgerinnen und Hamburger (über eine Million) daran gearbeitet, dass in Hamburg die Ideen für morgen – Wasserkraft, Wärmenetze, autonomes Fahren – entstehen und umgesetzt werden. Das schützt das Klima und sorgt dafür, dass wir auch in der Zukunft gut in Hamburg leben können. Nur die SPD hat Wirtschaft und Arbeit im Blick, nur die SPD sorgt für den Ausgleich von sozialer und ökonomischer Vernunft und behält die Teilhabe aller am Wohlstand im Blick.

Hier für Dich

Politik lebt vom Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir werden in allen Bezirken weiterhin dafür Sorge tragen, mit den Menschen unserer Stadt im Gespräch zu bleiben. Es ist unsere

Aufgabe, frühzeitig offenzulegen und zu vermitteln, in welchem Umfang Bürgerbeteiligung – von reinen Informationsveranstaltungen bis zu einer Sachentscheidung vor Ort – durchgeführt werden kann und auf welcher politischen Ebene (Bezirk, Land, Bund) und durch wen Entscheidungen getroffen werden. Wir sehen es auch als unsere Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass dabei auch jene Bevölkerungsgruppen Gehör finden, die bislang weniger stark an Beteiligungsmöglichkeiten teilnehmen.

Hamburg bleibt dann die lebenswerteste Stadt Deutschlands, wenn wir uns gemeinsam einbringen. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport funktioniert in den allermeisten Fällen gut. Das ist unsere Stärke und für diese Form von Teamarbeit steht die SPD Hamburg. Alle leisten einen Beitrag – vom Sprachkursleiter über die Polizistin und den Mitarbeiter im Kundenservice bis zum hochspezialisierten Halbleiterhersteller – damit wir auch in Zukunft gemeinschaftlich, friedlich, gesund und gerecht in Hamburg leben können.

Überweisen an

SPD Hamburg

Org Organisation

2024/I/Org/1

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Ehrenamtliche Arbeit in der SPD unterstützen und effektiver machen

Der Landesparteitag möge beschließen, die ehrenamtliche Arbeit der Genossinnen und Genossen in Funktion besser zu unterstützen, indem

- Bei den jeweiligen Eigentümern/Vermietern darauf hingewirkt wird, dass Ehrenamtliche für das KuSchu und die Kreishäuser vereinfacht Schlüssel für Veranstaltungen etc. erhalten können.
- Eine Übersicht (=Handbuch) entwickelt wird, die alle notwendigen Informationen für die ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen, die sie für ihre Aufgaben benötigen (Hauptamtliche Ansprechpartner*innen samt Aufgaben und Zuständigkeiten für bestimmte Organisationseinheiten, Abläufe, regelmäßige Termine usw.) beinhaltet.

Überweisen an

SPD Hamburg

2024/I/Org/2

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Sensibler Umgang mit Sponsoring

Für öffentliche Veranstaltungen in Verantwortung stehende Amts-/Mandatsträger der SPD sollten darauf hinwirken, dass Spenden und/oder Sponsorengelder nur dann angenommen werden, wenn sie von Unternehmen stammen, die tarifgebunden sind.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2024/I/Org/3

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Die sozialen Medien nicht den Rechten überlassen!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die Landesorganisation der SPD Hamburg beschließen:

Die SPD-Landesorganisation Hamburg soll zusätzliche personelle Mittel im Bereich Öffentlichkeitsarbeit für Social Media bereitstellen, um im Bezirks- und Europawahlkampf tagesaktuell und spontan auf politische Entwicklungen zu reagieren und die ehrenamtliche Arbeit von aktiven Genoss*innen auf Social Media zu unterstützen.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

2024/I/Org/4

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Wir müssen reden: Zu aktuellen und wichtigen Themen brauchen wir Informationen

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:

Der Landesvorstand wird aufgefordert, zu aktuellen und wichtigen Themen mit Bezug zur Stadt Hamburg, Stellungnahmen in verständlicher Sprache zu verfassen (Fact-Sheet), welche als Grundlage für Diskussionen an Infoständen oder bei anderen Formaten des Bürger*innendialogs benutzt werden können.

Der Landesvorstand entscheidet, zu welchen Themen Informationsmaterial erforderlich sein wird.

Bei der Erstellung der Fact-Sheets sollen die Fachsprecher*innen der Bürgerschafts- bzw. Bezirksversammlungsfraktionen sowie die Hamburger Abgeordneten des Bundestages und des Europaparlaments beteiligt werden. Die Erstellung des Fact-Sheets kann an andere Teile der Landesorganisation delegiert werden.

Das Fact-Sheet soll an alle Kreis- und Distriktvorstände sowie die Vorstände der Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene zur weiteren Verwendung versandt werden.

Überweisen an

SPD Hamburg und Landesvorstand

Ini Initiativantrag**2024/I/Ini/1****Beschluss**

Annahme

Kein Fußbreit dem Antifeminismus!

Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen, dass die SPD Hamburg I. sich als feministische Partei erkennt und ein intersektionales Verständnis von Feminismus hat und sich in diesem Sinne dem politisch gesellschaftlichen Rechtsruck, welcher unmittelbar Antifeminismus bedeutet, entgegenstellt II. in allen politischen Entscheidungsprozessen die intersektional feministische Perspektive annimmt und berücksichtigt.

Überweisen an

SPD Hamburg

2024/I/Ini/2

Beschluss

Annahme

SocialCard

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, insbesondere die Senatorin für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familien und Integration, sowie die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen:

1. Nach Auswertung des Pilotprojekts zur „SocialCard“ sicherzustellen, dass Leistungen für Asylbewerber in Zukunft durch eine diskriminierungsfreie Bezahlkarte erbracht werden.
2. Die erforderlichen landesrechtlichen bzw. verwaltungsinternen Regelungen zu treffen, um Bürokratie abzubauen und sicherzustellen, dass Leistungen nach dem AsylbLG diskriminierungsfrei ausgezahlt werden. Hierzu muss ein Bezahlkarten-Modell implementiert werden, das eine gebührenfreie Nutzung ermöglicht und den gebührenfreien Bezug von Bargeld für leistungsberechtigte Personen in dem für das praktische Leben in Hamburg erforderlichen Umfang gewährleistet. Dieses Bezahlkarten-Modell darf nicht der Überwachung und Einschränkung des Konsumverhaltens der Leistungsberechtigten dienen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Sport Sport**2024/I/Sport/1****Beschluss**

Annahme

E-SPORTS-STANDORT HAMBURG

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Hamburger SPD-Senatsmitglieder und die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten werden aufgefordert, sich für die folgenden Maßnahmen einzusetzen, um Hamburg als e-Sport Standort zu etablieren. Dabei wird auf die Maßnahmen Bezug genommen, die auch von dem in Auftrag gegebenen Gutachten: der im Auftrag der Behörde für Wirtschaft und Innovation der freien und Hansestadt Hamburg (BWI): „Analyse der e-Sports Standortes Hamburg Ökonomische Relevanz“ ermittelt wurden:

1. Strukturen schaffen, um in Hamburg das regionalökonomische Potenzial von E-Sports zu nutzen. Eine strategische Positionierung und gezielte Maßnahmen könnten Hamburg als bedeutenden E-Sports-Standort mit dem zukünftigen Schwerpunkt Breitensport in Deutschland etablieren und europaweit sichtbar machen. Dafür ist es entscheidend, dass die Hamburger Akteure in verschiedenen Handlungsfeldern tätig werden. Es gilt, Strukturen zu schaffen, um die Interessen der E-Sports-Akteure zu bündeln und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, da bisher eine einheitliche Vernetzung und Ausrichtung fehlen. Es könnte mit der Errichtung von öffentlichen Spielmöglichkeiten gestartet werden.
2. Behördenübergreifender Austausch zur Koordination etablieren: E-Sports adressiert unterschiedliche Ressorts der Hamburger Verwaltung. So gibt es wirtschaftliche Potenziale und Komponenten, die dem klassischen Sport nah sind. Ebenso sind kulturelle und Aspekte zu beobachten, weil E-Sports die Haupt-Freizeitbeschäftigung vieler junger Menschen darstellt, wodurch sich auch bildungspolitische Anknüpfungspunkte identifizieren lassen. Daher kann E-Sports nicht singular betrachtet werden, sondern muss abgestimmt bearbeitet werden.
3. Zuständige Ansprechstelle benennen: Die Zuständigkeit für E-Sports ist in der Hamburger Verwaltung noch nicht festgelegt. Dies soll erfolgen, um eine effiziente Steuerung des Themas zu erreichen.
4. Umsetzung konkreter Maßnahmen, die sich positiv auf den E-Sport-Standort Hamburg auswirken. Hierbei können sowohl öffentliche und privatwirtschaftliche aber auch gesellschaftliche Akteure tätig werden. Initiativen bei denen die finanzielle und organisatorische Unterstützung geprüft werden sollte, sind beispielsweise, die der EU-Arbeitsgemeinschaft »Eu-

ropean Grassroots Esports“. Ziel ist die Förderung der sportlichen Werte Gesundheit, Integration, Respekt und Verantwortung durch die Entwicklung und Verbreitung von E-Sport-Basiseinrichtungen als Konzept und Modell in ganz Europa. Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde play-eS Hansespiel e.V Hamburg (gemeinnützig). Zusammen mit Breitensport-Initiativen, insbesondere staatlichen, aus Dänemark, Ungarn, Norwegen und Niederlande beauftragt Empfehlungen und Aktivitäten zu entwickeln und die ersten europäischen E-Sport-Schulmeisterschaften auszurichten. Eine Förderung von play-eS e. V. in diesem Zusammenhang, die auch die wissenschaftliche Begleitung beinhaltet, würden sich äußerst positiv auf E-Sport-Standort Hamburg auswirken.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft

Wis Wissenschaft**2024/I/Wis/1****Beschluss**

Annahme in geänderter Fassung

Für die Ausfinanzierung des Studierendenwerks

Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD-Senator*innen im Hamburger Senat und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

- Wohnen: Schaffung neuer Wohnheimplätze, sodass in einem ersten Schritt für 15 % der Studierenden in Hamburg öffentliche Wohnheimplätze vorhanden sind, deren Miete nicht mehr als ein Drittel des Einkommens der Studierenden betragen darf. Da rund 40 % der Studierenden von maximal 800 Euro leben, sollten die Mieten 270 Euro nicht übersteigen.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft